

Durchbruch im Streit um Managerbezüge

# Mitreden beim Gehalt vom Chef

Große Koalition: Künftig soll der gesamte Aufsichtsrat über Vorstandsgehälter entscheiden

Von Johannes Pennekamp

**Berlin – Der gesamte Aufsichtsrat einer Firma soll künftig über die Vergütung des Vorstands entscheiden. Darüber sind sich Vertreter der großen Koalition einigt. Die Sperrfristen für Aktienoptionen sollen auf mindestens drei Jahre verlängert werden. Offen ist, ob Top-Gehälter und Abfindungen weiter komplett von der Steuer abgesetzt werden dürfen.**

Die Koalition steht im Streit um die Neuregelung von Managergehältern kurz vor der Einigung. Ein Arbeitskreis der Union stimmte am Mittwoch einem Papier zu, in dem die Christdemokraten der SPD in zentralen Forderungen entgegenkommen. „Es gibt definitiv mehr Gemeinsamkeiten mit der SPD als Differenzen“, sagte Unions-Fraktionsvize Hans-Peter Friedrich (CSU) in Berlin. Auch die Union will nun durchsetzen, dass künftig der gesamte Aufsichtsrat und nicht wie bislang ein Personalgremium über die Bezüge von Vorstandsmitgliedern entscheidet. Diese Neureglung würde den Arbeitnehmern ein Mitspracherecht zusichern und die Vergütung transparenter als bisher gestalten.

Eine Annäherung zeichnet sich auch bei der Frage ab, wie Führungskräfte künftig mit Aktienoptionen bezahlt werden sollen. Aktienoptionen machen bei vielen Führungskräften einen Großteil der Vergütung aus. Der Verdienst ist durch die Optionen eng an den Börsenkurs eines Unternehmens gekoppelt.

Ausgelöst worden war die Gehaltsdiskussion auch durch den Porsche-Chef Wendelin Wiedeking, der im zurückliegenden Geschäftsjahr dank Aktien-Optionen etwa 60 Millionen Euro verdient haben soll. Kritiker befürchten, dass Optionen die Manager zu relativ kurzfristigen, börsenorientierten Entscheidungen verleitet. Die Union will Führungskräfte

deshalb nur solche Aktienoptionen zugestehen, die sich auf „vorher festgelegte, längerfristige Vergleichsparameter wie das Erreichen bestimmter Kurs- oder Indexziele beziehen“. Kurzfristige Unternehmensstrategien sollen dann ausgeschlossen werden. Einigkeit mit der SPD herrscht darin, die Sperrfrist, nach der Aktienoptionen eingelöst werden können, von bisher zwei auf dann drei Jahre zu verlängern. „Ich halte es sogar für möglich, dass wir uns auf einen noch längeren Zeitraum verständigen“, sagte der CSU-Politiker Friedrich.

Die Union will außerdem der Hauptversammlung ein Mitspracherecht zu den Vorstandsgehältern einräumen und damit die Rechte von stimmberechtigten Aktionäre stärken. Diese sollen ein nicht-bindendes Votum zum Vergütungsvorschlag des Aufsichtsrates abgeben.

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, Joachim Poß, begrüßte das Entgegenkommen von CDU/CSU. „Es ist offenkundig, dass ein Einigungswille vorhanden ist“, sagte Poß. Mit Blick auf ein eigenes Positionspapier, dass die SPD bereits im Frühjahr vorge-

legt hatte, sieht Poß noch zwei strittige Punkte. Die SPD will die Neureglungen in Gesetzesform gießen, die Union hingegen hält es für ausreichend, die Veränderungen in den deutschen Corporate Governance Kodex einfließen zu lassen. Das ist ein Regelwerk mit Handlungsempfehlungen. „Der notwendige Druck auf die Entscheidungsträger kann sich nur durch Gesetze entfalten“, sagte Poß.

Strittig ist außerdem, ob Firmen Gehälter und Abfindungen weiterhin voll von der Steuer absetzen dürfen. Die SPD fordert, dass Beträge von mehr als einer Million Euro nur noch zur Hälfte beim Finanzamt geltend gemacht werden dürfen. Die Union lehnt solche Maßnahmen strikt ab. Vertreter beider Seiten zeigten sich jedoch zuversichtlich, dass es auch in diesem Punkt bald zu einer Einigung kommen wird. Am 27. September treffen sich CDU und SPD zu Beratungen, um sich auf eine gemeinsame Linie zu verständigen.

## Mehr als zwei Millionen Euro

Die Universitäten Karlsruhe und die Technische Universität München haben untersucht, wie hoch die Gehälter von Deutschlands Spitzenmanager tatsächlich sind. Die Führungskräfte der börsenorientierten Unternehmen verdienen im vergangenen Jahr laut der am Mittwoch veröffentlichten Studie durchschnittlich 900 000 Euro. Jedes fünfte Vorstandsmitglied strich mehr als zwei Millionen Euro ein. Seit 2005 sei die Vergütung um jährlich acht Prozent gestiegen, so die Studie. Die Vorstände der dreißig größten börsennotierten Firmen (Dax) verdienen deutlich mehr als ihre Kollegen in kleineren Firmen. Spitzenverdiener sind die Vorstände der Deutschen Bank. Sie erhielten 2007 durchschnittlich 7,5 Millionen Euro. Zum Vergleich: 4,2 Millionen Euro beziehen Top-Verdiener der Heidelberg Cement AG.

## Spitzenverdiener

Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann war 2007 der Top-Verdiener unter den Chefs der 30 größten börsennotierten Firmen. Er erhielt laut einer Studie der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz knapp 14 Millionen Euro. Auf Platz zwei und drei folgten Daimler-Vorstand Dieter Zetsche mit zehn Millionen Euro und Linde-Chef Wolfgang Reitzle mit einem Jahresgehalt von etwa acht Millionen Euro. Am wenigsten bezog Wolfgang Klein, Chef der Postbank. Er erhielt im vergangenen Jahr etwa 1,5 Millionen Euro. /jpe